

Der Tod einer Ikone

«Lonesome George», die Riesenschildkröte, ist gestorben. Von **Stephanie Kusma**

Sein Fund vor 40 Jahren war überraschend: Als «Lonesome George» entdeckt wurde, galt die auf der Insel Pinta heimische Unterart der Galápagos-Riesenschildkröte (*Chelonoidis nigra ssp. abingdoni*) als ausgestorben. Nun dürfte sie das wohl tatsächlich sein. Der «einsame George», ihr letzter bekannter Vertreter, ist am frühen Sonntagmorgen tot in seinem Gehege auf einer Forschungsstation auf der Insel Santa Cruz aufgefunden worden. Dies hat das Direktorat des Galápagos-Nationalparks mitgeteilt. Sein langjähriger Pfleger habe George entdeckt, leblos in Richtung seines Wasserlochs ausgestreckt, heisst es. Nun soll eine Untersuchung die Ursache für das Dahinscheiden der berühmtesten Schildkröte der Welt klären.

George stand mit seinem runzligen, grauen Gesicht und dem langen, faltigen Hals wie wohl kein anderes Tier für die Tragik aussterbender Tierarten; er war ein Symbol für die Gefährdung des fragilen Ökosystems der Galápagos-Inseln und die Bedrohung von Lebensräumen weltweit. Denn die Gründe für den Niedergang der Galápagos-Riesenschildkröten, wie übermässige Jagd, invasive Tierarten und die Zerstörung ihrer Lebensräume, sind weltweit relevant. «Lonesome George» illustrierte die Folge dieses Umgangs mit der Natur und regte gleichzeitig Anstrengungen zum Erhalt seiner Artgenossen an. Dies soll er auch weiterhin: Die Nationalparkverwaltung plant, ihn einzubalsamieren.

Wobei das «einsamste Tier der Welt» eigentlich gar nicht so einsam war: «Lonesome George» teilte sein Gehege über die Jahre mit mehreren weiblichen Schildkröten, die allerdings alle zu anderen Unterarten der Galápagos-Riesenschildkröte zählten. Georges Interesse vermochten sie nicht zu wecken. Legten sie Eier, was im Lauf der Jahrzehnte zweimal vorkam, waren diese unbefruchtet. Dass nicht alle Exemplare seiner Unterart so wählerisch waren, belegt ein Mischling aus seiner und einer weiteren Riesenschildkröten-Unterart, den Wissenschaftler vor einigen Jahren bei genetischen Untersuchungen auf einer Nachbarinsel fanden. Da es sich bei diesem allerdings ebenfalls um ein Männchen handelte, war der Fund der Erhaltung der Pinta-Riesenschildkröten nicht dienlich. Doch er beflügelte die Hoffnung, doch noch ein passendes Weibchen für George, den Heiklen, zu finden. Die Suche blieb vergeblich. George starb, im geschätzten Alter von über hundert Jahren, kinderlos – soweit wir wissen.

Ägyptens biedere Revolutionäre

Die Präsidentschaft des Muslimbruders Mursi in Ägypten eröffnet neue Perspektiven. Als pauschales Feindbild taugen die Islamisten nicht länger. Von **Martin Woker**

«Meine Gebete gelten jenen Märtyrern und Verletzten, die den Baum der Freiheit mit ihrem Blut wässerten und damit den Weg ebneten, um diesen Moment zu erreichen.» Sie war mit sehr viel Pathos getränkt, Mohammed Mursis erste Rede nach Bekanntgabe seines Wahlsiegs. Der promovierter Ingenieur weiss um sein mangelndes Charisma und startete in der Nacht auf Montag eine wahre Charmeoﬀensive. Er dankte der Armee, er dankte den Polizisten, den Richtern, den Kioskverkäufern, den Professoren, den Muslimen und den Christen, den Taxifahrern und selbst den Geheimdienstleuten. Da war einer angetreten, der es allen recht machen will. Doch lässt man ihn machen?

Zum Feindbild emporstilisiert

Wie beschränkt die Macht des ersten aus freien Wahlen hervorgegangenen ägyptischen Präsidenten ist, hat der regierende Militärrat längst dekretiert. Das Parlament ist aufgelöst, die verfassunggebende Versammlung ist gefährdet. Im Unterschied zu seinem Vorgänger hat Mursi zu Budgetfragen, der inneren Sicherheit, der Aussenpolitik und der Armee wenig bis gar nichts zu sagen. Dass trotz diesen Einschränkungen, die den Präsidenten praktisch dem Militärrat unterstellen, am Montag unter den Muslimbrüdern Euphorie herrschte, hat guten Grund. Seit Gründung der Organisation durch Hassan al-Banna im Jahre 1928 befand sich die Bruderschaft fast immer in Opposition; erst gegen die britische Kolonialmacht und bald schon nach Nassers Machtübernahme 1952 gegen die mit Anzug und Krawatte regierenden Offiziere. Nun zumindest formell an der Staatsspitze einen der Ihren zu wissen, bedeutet für die ewig verfolgten Brüder einen Aufstieg, der erst noch verdaut werden muss – von ihnen selbst, allen andern Ägyptern und der ganzen Welt.

Mursis Versprechen, ein Präsident aller Landsleute sein zu wollen, ist weit mehr als der übliche von frisch gewählten Staatsoberhäuptern bekundete Gemeinplatz. Immerhin hat fast die Hälfte aller Urnengänger für den Mubarak-Intimus Shafik votiert, was in erster Linie eine Misstrauensbekundung gegenüber dem Islamisten Mursi war, den viele als Wolf im Schafspelz sehen. Ägyptens neuer Präsident weiss sehr wohl, wie gespalten sein Land ist. Er und seine Hintermänner werden in den kommenden Wochen alles daransetzen, Vorurteile zu widerlegen. Dieses Bestreben allerdings wird unweigerlich den schwelenden Konflikt mit den weit radikaleren Salafisten neu entfachen. Sie orientie-

ren sich in manchen Belangen an jener nomadischen Gesellschaftsordnung, wie sie zu Lebzeiten des Propheten Mohammed bestanden hatte. Die Muslimbrüder jedoch verweigern sich der Moderne nicht grundsätzlich, sondern reagieren darauf mit einer für Aussenstehende gelegentlich plakatativ wirkenden Gottesfurcht, wie man sie auch von evangelikalischen Christen kennt. In ihren Kreisen überproportional vertreten sind Angehörige technischer Berufsgruppen. Es sind keine Weltveränderer, aber von göttlicher Vorgabe inspirierte Weltverbesserer, was sie in Ägypten zu biederen Revolutionären werden liess. Bieder darum, weil ihr vermeintlich gottgefälliger Lebenswandel oft nur kleinbürgerliches Spiessertum verbirgt und Werten wie Toleranz und Weltoffenheit entgegensteht. Revolutionär wiederum sind die Muslimbrüder speziell im ägyptischen Kontext in ihrem Selbstverständnis als Vorkämpfer gegen Unrecht und Ungleichheit in einem korrupten System, das sie einkerkerterte und zum Feindbild emporstilisierte.

Kein ägyptischer Erdogan

Der im Zuge des 11. September 2001 geführte Krieg gegen den Terror verunmöglichte zumindest im Westen während Jahren eine nüchterne Wahrnehmung der unterschiedlichen Formen des Islamismus (was sich als eine der Spätfolgen im Schweizer Minarettverbot niederschlug). Das vergangene Jahrzehnt war nicht nur vom Jihad geprägt, sondern auch vom phänomenalen Aufstieg der türkischen Islamisten, die ihrer Nation zu neuem Selbstverständnis und wirtschaftlichem Wohlstand verholfen haben. Die Türkei war für den arabischen Aufbruch massgebend. Für die Bruderschaft in Ägypten lautet die Lehre, dass der Machtkampf gegen die Armee an der Urne, in den Medien und auf der Strasse gleichzeitig geführt werden muss.

Dieser Weg ist lang. Ägyptens säkulare Revolutionäre, die im Februar des Vorjahres in den ersten Tagen des Aufstands ihr Leben aufs Spiel gesetzt hatten, während die Führung der Muslimbrüder schwieg, haben längst erkannt, dass Mursi kaum je die Statur eines ägyptischen Erdogan einnehmen wird – was nicht gegen ihn sprechen muss. Das Beispiel der Türkei zeigt ebenfalls, dass Rechtsstaatlichkeit weder von einer Partei noch von einem starken Mann verordnet werden soll, sondern den sorgfältigen Aufbau einer Bürgergesellschaft erfordert. Ob die Bürgerinnen und Bürger bärtig sind, ihr Kopfhair bedecken oder Facebook und Twitter benutzen, geht am Ende nur sie selbst etwas an.

Weltmeisterlich unbeliebt

Der Anti-Zürich-Reflex hat Zukunft. Daran ist auch Zürich schuld. Von **René Zeller**

Eigentlich wollten wir Gras über die Episode wachsen lassen. Denn Stein des Anstosses ist Zürich. Doch auch als bekennende Zürcher dürfen wir die Selbstkritik nicht an der Garderobe deponieren, wenn vor der Haustür etwas falsch läuft.

Das Problem sind die Promotoren der «Greater Zurich Area» (GZA). Diese Organisation betreibt Standortmarketing für jene Landstriche, von denen aus der Flughafen Kloten in einer Autofahrtstunde erreichbar ist. Das Konstrukt gilt als freundeidgehöriges Musterbeispiel: Die Kantone Glarus, Graubünden, Schaffhausen, Schwyz, Solothurn, Zug und Zürich finanzieren das Public-Private-Partnership-Projekt gemeinschaftlich.

Das ist alles schön und gut. Doch die in Zürich domizilierten Standortförderer haben, wie die «NZZ am Sonntag» berichtete, weitreichendere Pläne. Die «Greater Zurich Area» soll noch grösser werden – und dereinst den gesamten Metropolitenraum Deutschschweiz umfassen. Mit dieser quasi-imperialistischen Vision überraschte Balz Hösly, Präsident besagter Organisation, Parlamentarier in Bundesbern. Aus der internationalen Vogelperspektive, so Hösly, gebe es hierzulande nur drei regionale Marken mit Strahlkraft: die Schweiz, Genf und – eben – Zürich.

Nun ist es natürlich schon so, dass in Zürich Menschen leben und arbeiten, die glauben, exakt an der Limmat befinde sich der Nabel der Welt. Aber auch wenn dem so wäre: Ist es klug, das auch noch der ganzen Welt mitzuteilen? Sollen unsere föderalistischen Strukturen, die Eigenheiten von Landsgemeindekantonen, die kleinräumigen Spezifitäten der deutschsprachigen Schweiz tatsächlich nach Zürcher Gusto homogenisiert werden?

Fast mehr noch als die abstruse Eintopf-Idee hat uns überrascht, dass kaum jemand Alarm schlägt. Eine Glosse in einem Basler Wochentitel, behördliches Stirnrundeln in der Ostschweiz, hüstelnde Regionaljournale. Sonst nichts. Offenkundig haben die deutschschweizerischen Nichtzürcher den Anti-Zürich-Reflex derart verinnerlicht, dass sie neue Hiobsbotschaften achselzuckend wegstecken.

Uns Zürchern sei wieder einmal zugerufen: Wenn von «Weltklasse Zürich» die Rede ist, sind die im Letztgrund gastierenden weltbesten Leichtathleten gemeint, nicht wir Zürcher. Und wer hoch hinauswill, kann tief fallen. Diesbezüglich sind die Berner uns Zürchern voraus: Ihr Verein «Espace Mittelland», der einst das Mittelland um die Bundesstadt ballen wollte, hat sich 2009 aufgelöst.

Politischer Verrat an Europa

Den langfristigen Grundlagen für den wirtschaftlichen und kulturellen Erfolg Europas droht die politische Zerstörung. Dabei stände eine Alternative einer wirklich föderalen Ordnung mit ungestörtem Systemwettbewerb bereit. Noch wäre die Umkehr in Richtung einer begrenzten Zentralgewalt möglich. Von **Peter Bernholz**

Anfang des 15. Jahrhunderts stand eine chinesische Flotte mit Schiffen, fünfmal so gross wie die der Portugiesen, die hundert Jahre später nach China kamen, vor der Ostküste Afrikas. China war Europa in allen Belangen voraus. Einige Jahrhunderte später hatte sich das Bild völlig geändert: Europa und seine Ableger hatten China wie alle übrigen Mächte wirtschaftlich und technisch weit hinter sich gelassen und beherrschten die Welt. Das war eine Folge des Systemwettbewerbs zwischen den europäischen Ländern um die Einrichtung und Nachahmung der besten Institutionen.

Reichtum und ein langes Leben

Sichere Eigentumsrechte, ein verlässliches Vertragsrecht, klare Rechtsordnung mit unabhängiger Rechtsprechung, nicht zu hohe Steuersätze, gute, aber zahlenmässig begrenzte Regulierungen begünstigten Effizienz und Innovation. Das alles führte zu wachsendem Reichtum, längerer Lebenserwartung und besserer Ausbildung. Gleichzeitig ermöglichte die wachsende Wirtschaft nicht nur grösseren Wohlstand, sondern sogar bei niedrigeren Abgabensätzen höhere Staatseinnahmen und dadurch verbesserte Positionen im aussenpolitischen und militärischen Machtkampf, der sozusagen die negative Seite der raschen Entwicklung darstellte. In China verbot der nächste Kaiser den Flottenbau, den die Bürokratie als zu kostspielig bezeichnete. Die Seefahrt wurde beendet, und wegen der dadurch begünstigten Piraterie

wurden die Küstenstädte geräumt. Hätte der König von Portugal Gleiches getan, so hätten sich Spanien und Engländer gefreut. Wenn Galileis Schriften in Italien auf den Index gesetzt wurden, so veröffentlichte man sie in Holland. Die Vertreibung der Hugenotten aus Frankreich gab Schweizer Kantonen, den Niederlanden und Preussen die Gelegenheit, sie als willkommene Leistungsträger zu gewinnen.

Der Gefahr verheerender Kriege als Kehrseite der Medaille trat man in Amerika mit der Einführung des Föderalismus entgegen, dem bald auch die Schweiz folgte. Trotz einer gewissen Zentralisierung erfreuen sich beide Länder noch heute eines internen Systemwettbewerbs, der immer wieder institutionellen Erstarrungen entgegenwirkt. Es herrscht noch Wettbewerb um die Höhe von Steuersätzen. Schulden von anderen oder untergeordneten Gebietskörperschaften werden nicht übernommen, und in den USA sind auch die arbeitsrechtlichen Bestimmungen auf Staatenebene verschieden. Die sich auch aussenpolitisch und militärisch zeigende wirtschaftliche Überlegenheit des Westens veranlasste Japan in den Reformen der Meiji-Periode des 19. Jahrhunderts, dann im 20. Jahrhundert zunächst die südostasiatischen Länder und schliesslich China und Indien, den institutionellen Vorbildern des Westens erfolgreich nachzueifern. Auch die Aufgabe der kommunistischen Planwirtschaft hängt mit dem Scheitern des Versuchs, wirtschaftliche Lösungen durch Zentralisierung zu finden, zusammen. Die Führungen in China und der Sowjetunion erkannten, dass man in

der Welt als Grossmacht nur eine Rolle spielen konnte, wenn man zu Reformen der Institutionen griff. Noch bevor Gorbatschew Generalsekretär wurde, betonte er auf einem kommunistischen Kongress, dass man nur als führende Macht ins 21. Jahrhundert eintreten könne, wenn Reformen durchgeführt würden. Dass diese dann in der Sowjetunion nur fehlerhaft erfolgten, steht auf einem anderen Blatt.

Während nun die asiatischen Länder sich dem weltweiten Wettbewerb öffneten, bietet die gegenwärtige europäische Politik den traurigen Anblick, dass man den innereuropäischen Systemwettbewerb, der den Kontinent gross gemacht hat, aususchalten sucht. Obwohl man noch gar keinen Bundesstaat errichtet hat, wird die finanzielle Rettung überschuldeter Mitgliedsländer zum «solidarischen» Prinzip erhoben, ganz im Gegensatz zu den USA und der Schweiz. Es wird betont, dass man eine europäische Zentralregierung mit erheblichen wirtschaftlichen und fiskalischen Kompetenzen benötigen, um Europa zu retten. Eine weitgehende Harmonisierung der Steuer-, ja der Sozialsysteme müsse angestrebt werden. Die Hochsteuerbelastung soll durch Informationsaustausch und Druck auf Länder mit günstigeren Steuersätzen gesichert werden. Durch die Schaffung des «gläsernen» Menschen wird jedoch die Freiheit und Unabhängigkeit der Bürger vom Staat weiter eingeschränkt, was sich ebenso wie die zu hohen Abgaben negativ auf Effizienz und Innovationsfreudigkeit auswirkt. Es ist kaum ein Zufall, dass gerade die zentralisierteren Länder mit grösserer Regulierungsdichte

höhere Arbeitslosenzahlen aufweisen. Der staatlichen Überschuldung soll durch Schuldenbremsen ein Ende gesetzt werden, was erfahrungsgemäss nur gelingt, wenn man nicht zu weiterer finanzieller Stützung in «Notfällen» bereit ist. Stattdessen sollte man den viel wirksameren Staatsbankrott zulassen, nach dem die Märkte im eigenen Interesse eine künftige Schuldenwirtschaft kontrollieren würden. Und wer glaubt, dass man ineffiziente und durch den staatlichen Schutz von speziellen Interessen versteinerte reale Wirtschaften durch Dekrete oder finanzielle «Solidarität» retten könne, versteht schlicht nicht die Zusammenhänge.

Föderale Ordnung

Die Politiker sind dabei, nicht nur unter kurzfristigem Verfassungsbruch Europa zu gefährden, sondern auch die langfristigen Grundlagen für den wirtschaftlichen und kulturellen Erfolg zu zerstören. Dabei steht durchaus die Alternative einer wirklich föderalen Ordnung mit ungestörtem Systemwettbewerb zur Wahl, wie ihn etwa die European Constitutional Group schon vor Jahren mit einem Verfassungsentwurf vorgelegt hat. Noch ist eine Umkehr in Richtung einer Entwicklung mit stark begrenzter Zentralgewalt möglich, wenn sie auch durch die fehlerhaften Entscheidungen der letzten Jahre viel schwieriger geworden ist.

Peter Bernholz ist em. Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Basel.